



**HAGEN**

Stadt der FernUniversität  
Der Oberbürgermeister

Seite 1

**Drucksachennummer:**

1032/2023

**Datum:**

28.11.2023

## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Vorschlag der CDU-Fraktion

Hier: Sichere KiTa-Betreuung gewährleisten

**Beratungsfolge:**

06.12.2023      Jugendhilfeausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ...

1. ... in einem ersten Schritt beim Landesjugendamt die Daten zu Ausfällen und Notbetreuungszeiten der Hagener Kindertagesstätten in Erfahrung zu bringen. Dazu sind Vergleichszahlen aus Städten ähnlicher Größenordnung mit anzufordern.
2. ... in einem zweiten Schritt die Datenlage dem Jugendhilfeausschuss mittels Vorlage transparent zur Kenntnis zu geben.
3. ... in einem dritten Schritt mit der Landesregierung Kontakt aufzunehmen. Ziel soll sein, den Kita-Personalschlüssel im Kinderbildungsgesetz (KiBiz)<sup>[1]</sup> so anzupassen, dass ausreichend Bereitschaftspersonal mit in die Kita-Finanzierung aufgenommen wird. Das soll weitgehend verhindern, dass es zu Notbetreuungen mit Einschränkungen von Betreuungsleistungen kommt.



4. ... auf Basis zusätzlicher Mittel aus dem KiBiz in einem vierten Schritt die Versorgungssicherheit zu erhöhen, in dem der städtische Springer-Pool zu einem gemeinsamen Pool mit den kirchlichen, freien und privaten Trägern weiterentwickelt wird. Springerinnen und Springer sollen über die notwendige Qualifikation verfügen und Ausfälle bis zu einem noch zu definierenden Umfang abdecken können.
5. Werden die Springer tagesaktuell nicht als Ersatz gebraucht, unterstützen diese das reguläre Personal bedarfsorientiert bei der Sprachförderung. Eine Prioritätenliste regelt, in welchen Kita-Gruppen der Bedarf dafür am größten ist.
6. Die Verwaltung stellt dem JHA nach jedem Quartal eine entsprechende Statistik zur Verfügung, damit dieser sich einen Eindruck von der Wirksamkeit der Maßnahmen verschaffen kann.
7. Die Satzung der Stadt Hagen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen für Kinder vom 23.06.2015 in der Fassung des 2. Nachtrages vom 14.10.2021 bleibt unverändert. Eine anteilige Rückzahlung von Beiträgen wird nicht aufgenommen.

**Kurzfassung**

entfällt

**Begründung**

siehe Anlage

**Inklusion von Menschen mit Behinderung**

☒ sind nicht betroffen

**Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung**

☒ keine Auswirkungen (o)

## Antrag gem. § 6 (1) GO Rat

für JHA am 06.12.2023

### Sichere KiTa-Betreuung gewährleisten

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Reinke,

gemäß § 6 (1) der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 20.05.2021 beantragen wir zur o.g. Sitzung den o.g. Tagesordnungspunkt und legen dazu den folgenden Beschlussvorschlag vor:

#### *Die Verwaltung wird beauftragt, ...*

- 1. ... in einem ersten Schritt beim Landesjugendamt die Daten zu Ausfällen und Notbetreuungszeiten der Hager Kindertagesstätten in Erfahrung zu bringen. Dazu sind Vergleichszahlen aus Städten ähnlicher Größenordnung mit anzufordern.*
- 2. ... in einem zweiten Schritt die Datenlage dem Jugendhilfeausschuss mittels Vorlage transparent zur Kenntnis zu geben.*
- 3. ... in einem dritten Schritt mit der Landesregierung Kontakt aufzunehmen. Ziel soll sein, den Kita-Personalschlüssel im Kinderbildungsgesetz (KiBiz)<sup>1</sup> so anzupassen, dass ausreichend Bereitschaftspersonal mit in die Kita-Finanzierung aufgenommen wird. Das soll weitgehend verhindern, dass es zu Notbetreuungen mit Einschränkungen von Betreuungsleistungen kommt.*

<sup>1</sup> siehe Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: „“, aufgerufen unter <https://www.mkifgfi.nrw/system/files/media/document/file/kibiz-mit-stand-vom-01.08.2022.pdf>, Düsseldorf, Stand: , Düsseldorf, Stand: 01.08.2020.

- 4. ... auf Basis zusätzlicher Mittel aus dem KiBiz in einem vierten Schritt die Versorgungssicherheit zu erhöhen, in dem der städtische Springer-Pool zu einem gemeinsamen Pool mit den kirchlichen, freien und privaten Trägern weiterentwickelt wird. Springerinnen und Springer sollen über die notwendige Qualifikation verfügen und Ausfälle bis zu einem noch zu definierenden Umfang abdecken können.**
- 5. Werden die Springer tagesaktuell nicht als Ersatz gebraucht, unterstützen diese das reguläre Personal bedarfsorientiert bei der Sprachförderung. Eine Prioritätenliste regelt, in welchen Kita-Gruppen der Bedarf dafür am größten ist.**
- 6. Die Verwaltung stellt dem JHA nach jedem Quartal eine entsprechende Statistik zur Verfügung, damit dieser sich einen Eindruck von der Wirksamkeit der Maßnahmen verschaffen kann.**
- 7. Die Satzung der Stadt Hagen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen für Kinder vom 23.06.2015 in der Fassung des 2. Nachtrages vom 14.10.2021 bleibt unverändert. Eine anteilige Rückzahlung von Beiträgen wird nicht aufgenommen.**

### **Begründung:**

Eltern, die ihre Kinder in einer Kita betreuen lassen, sind meist dringend darauf angewiesen, dass die vereinbarten Betreuungszeiten gewährleistet bleiben. Wer Familie und Beruf miteinander in Einklang bringen will oder muss, kommt ohne diese Form der Zuverlässigkeit nicht aus.

Das ist der Maßstab, an dem sich alle Träger orientieren müssen. Deshalb haben Verwaltung und Rat prioritär dafür Sorge zu tragen, dass diese Zeiten auch verbindlich eingehalten werden.

Die Vielzahl an krankheitsbedingten Ausfällen und der personellen Fluktuation war in dieser Form im Vorhinein nicht absehbar. Im Laufe der letzten Monate haben die Stadt sowie die freien Träger zu diesem Zweck bereits entsprechend Personal aufgestockt. Die Rekrutierung von weiteren Kräften läuft auf Hochtouren.

Leider ist im Kinderbildungsgesetz (KiBiz)<sup>2</sup> nicht vorgesehen, dass die Träger den Kommunen die Daten zur Personal- und Betreuungssituation im laufenden Betrieb zur Verfügung zu stellen. Allerdings müssen Daten über Notbetreuungen oder Schließungen an das Landesjugendamt gemeldet werden. Dort müsste also wenigstens ein Teil der Daten vorliegen. Diesen Datenschatz soll die Verwaltung nun zugänglich machen.

Ausfälle bei den Betreuungszeiten sollte es idealer Weise nur noch dann geben, wenn tatsächlich Krankheitswellen pandemischen Ausmaßes oder dauerhafte Streiks die Personalsituation so stark dezimiert, dass ein Regelbetrieb wirklich nicht mehr aufrecht zu erhalten ist.

Für die Corona-Monate Februar bis Mai 2021 hatte der Rat der Stadt Hagen eine solche Ausnahme gemacht und die Elternbeiträge für offene Tagespflege und Kindertagesstätten rückwirkend zur Hälfte erstattet.<sup>3</sup> Dies geschah seinerzeit über eine Verrechnung mit den Monatsbeiträgen Mai bis Juli. Doch auch schon diese vergleichsweise vereinfachte Rückerstattung beanspruchte die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Wochen.

Die CDU-Fraktion unterstützt deshalb die Verwaltung dabei, das Hauptaugenmerk auf die Sicherstellung der vereinbarten und gebuchten Betreuungszeiten zu richten. Dafür macht es Sinn, zusätzliches Personal vorzuhalten, insbesondere um kurzfristige Ausfälle mittels so genannter Springer abzufedern. Denn viele Eltern sind berufstätig und können sich nicht ohne Weiteres kurzfristig aufgrund von Personalmangel oder Notbetreuungen in den Kitas aus dem Arbeitsleben lösen.

Eine solche Personaldecke ist allerdings nur mit Hilfe einer besseren Landesfinanzierung zu leisten. Deshalb soll die Verwaltung bei der Landesregierung darauf hinwirken, dass das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) entsprechend angepasst und erweitert wird. Das würde dann auch die Träger in die Lage versetzen, mit an einem gemeinsamem Springer-Pool zu arbeiten. Ein gemeinsamer Pool hätte den Vorteil, dass voraussichtlich weniger Personal gebraucht würde, als dies bei Einzellösungen der Fall wäre.

---

<sup>2</sup> siehe Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: „“, aufgerufen unter <https://www.mkjfgfi.nrw/system/files/media/document/file/kibiz-mit-stand-vom-01.08.2022.pdf>, Düsseldorf, Stand: , Düsseldorf, Stand: 01.08.2020.

<sup>3</sup> siehe Radio Hagen: „Lokalnachrichten: „„Einigung bei Kita-Gebühren““, aufgerufen unter <https://www.radiohagen.de/artikel/einigung-bei-kita-gebuehren-987816.html>, Hagen, Stand: 24.06.2021 09:08 Uhr.

## **Zielkonflikt vermeiden**

Der Antrag der SPD-Fraktion bringt zwar richtigerweise Nachdruck in die Diskussion, wählt dafür aber ein ungeeignetes Instrument.

Der Vorschlag der SPD hätte zur Folge, dass zunächst einmal Personal bei der Stadt und den Trägern abgestellt werden müsste, um die notwendigen Daten für die Rückzahlungen zu erheben und diese dann einer noch zu treffenden Rückzahlungsmodalität zuzuführen. Eine Verbesserung der Betreuungssituation wäre damit nicht verbunden. Dazu kommen noch zwei weitere Gegenargumente:

1. Die zu erwartende pro-Kopf-Höhe einer möglichen Rückzahlung steht in keinem akzeptablen Verhältnis zum notwendigen Verwaltungsaufwand für Träger und Stadt.
2. Auch bei der Auszahlung einer Rückzahlung wären Ungerechtigkeiten nicht auszuschließen – insbesondere dann, wenn Eltern im Rahmen von Notbetreuungen freiwillig darauf verzichtet haben, ihr Kind zur Kita zu schicken.

Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion ist eine Rückerstattung von Beiträgen also aus vielen Gründen nicht zielführend. Ein Rechtsanspruch dafür gibt es ohnehin nicht, wie selbst die Darstellung des von der SPD bemühten NRW-Petitionsausschusses sachrichtig wiedergibt. Statt mehr Personal unplanbar mit Abrechnungsfragen zu beschäftigen, will die CDU-Ratsfraktion weiteres Personal verlässlich für echte Betreuungsleistungen eingestellt sehen. Hier mangelt es derzeit nicht am Willen der Verwaltung und auch nicht an den finanziellen Mitteln, sondern an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern.

## **Kita-Beiträge ohnehin nur für wenige Kinder und ohne Weitergabe von Kostensteigerungen**

Im Übrigen verweisen die Antragsteller darauf, dass viele Eltern aufgrund der hohen Freigrenzen gar keine Elternbeiträge für ihre Kinder zahlen müssen. Zusätzlich zu den zwei beiden beitragsfreien Kita-Jahren hat die Stadt mit der Geschwisterkind-Regelung noch eine weitere Vergünstigung in die Beitragssatzung aufgenommen. Danach müssen Eltern für das jüngere Kind keinen Beitrag zahlen, wenn eine Familie bereits für ein älteres Kind Beiträge für Kita oder OGS entrichtet. Hagen übertrifft also die Landesgesetzgebung hinsichtlich der Beitragserhebung schon jetzt nicht unerheblich. Dazu kommt, dass ...

### **Fraktionsvorsitzender**

Jörg Klepper  
Rathausstraße 11  
58095 Hagen

02331 207-3507  
info@cdu-fraktion-hagen.de  
www.cdu-fraktion-hagen.de

## **... Elternbeiträge in Hagen deutlich langsamer wachsen als Inflation und Gehälter**

Ein Blick in den Verbraucherpreisindex Deutschland<sup>4</sup> zeigt plastisch, welche allgemeinen Preissteigerungen über den Zeitraum der vergangenen 15 Jahre in allen Lebensbereichen zu verzeichnen sind. Auch in diesem Vergleich hat die Höhe der Kita-Beiträge deutlich langsamer zugenommen.

Zwischen den Jahre 2008 und 2015 blieben die Beiträge vollkommen unverändert.<sup>5</sup> Mit dem Haushaltssanierungsplan<sup>6</sup> für den Doppelhaushalt 2016/2017 hat der Rat auf Vorschlag der Verwaltung einer Erhöhung der Beiträge und eine jährliche maßvolle zweiprozentigen Gebührendynamik zugestimmt. Diese Dynamik kam in den Jahren 2016 bis 2018 zur Anwendung. Seither blieben die Gebühren stabil.

In der Sitzung des Rates vom 23.05.2019 hat dieser einstimmig beschlossen, die *„Dynamisierung der Kindertagespflege-Beiträge um jährlich zwei Prozent“ für die Kindergartenjahre 2019/2020 bis 2021/2022 befristet entfallen zu lassen.*<sup>7</sup> In der Sitzung des Rates vom 15.12.2022 hat dieser erneut einstimmig, *„die Aussetzung der 2 %-igen Dynamisierung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für die Kitajahre 2023/2024 und 2024/2025“* beschlossen.<sup>8</sup>

Damit sind die Kita-Gebühren in den vergangenen 15 Jahren deutlich langsamer als die Gehälter der Beitragszahler aber auch deutlich langsamer als die steigenden Personal- und Sachkosten gestiegen. In der Folge vergrößert sich der städtische Zuschuss in das System eigentlich fortlaufend.

Zum Vergleich: Die Preisentwicklung für Dienstleistungen in Deutschland stellt sich allein für die zurückliegenden drei Jahre wie folgt dar:

---

<sup>4</sup> Download beim Statistischem Bundesamt: „Publikation Verbraucherpreisindex für Deutschland - Lange Reihen ab 1948 - Dezember 2022 (Letzte Ausgabe - berichtsweise eingestellt)“, aufgerufen unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Publikationen/Downloads-Verbraucherpreise/verbraucherpreisindex-lange-reihen-pdf-5611103.html>, Wiesbaden, Stand: 17.01.2023.

<sup>5</sup> siehe Fachbereich Jugend und Soziales: „Erhöhung der Elternbeiträge und Änderung der Geschwisterkinderregelung“, DS 0061/2015, Hagen, Stand: 03.03.2015.

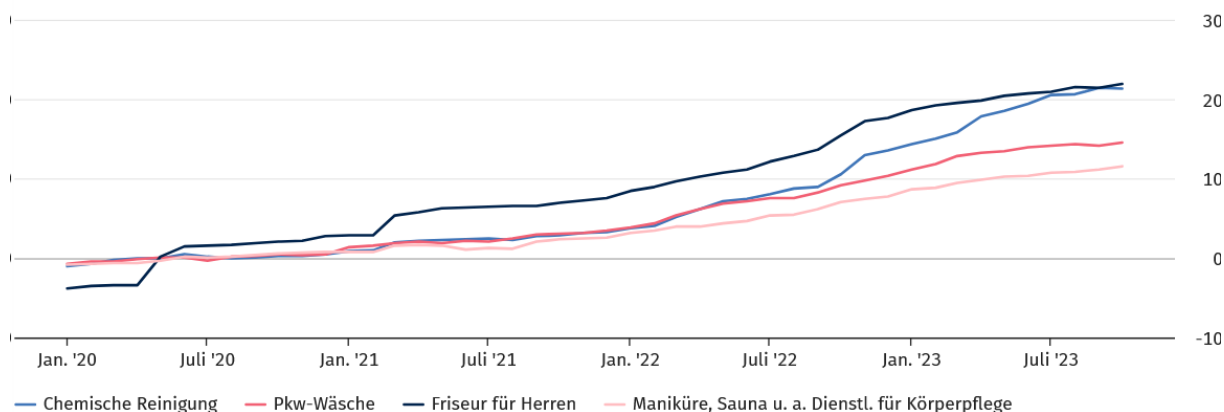
<sup>6</sup> siehe Beschluss vom 17.03.2016 zur Vorlage des Vorstandsbereichs für Finanzen, Controlling und interne Dienste: „Haushaltssanierungsplan des Doppelhaushalts 2016/2017“, DS 0246/2016, Hagen, Stand: 09.03.2016.

<sup>7</sup> siehe Ratsbeschluss vom 23.05.2019 zur Vorlage des Fachbereichs Jugend und Soziales: „Aussetzung der Dynamisierung der Kindertagespflege-Beiträge 2019/2020 bis 2021/2022 analog zum Beschluss vom 04.04.2019 (befristeter Entfall der Dynamisierung der Kita-Beiträge)“, DS 0494/2019.

<sup>8</sup> siehe Fachbereich Jugend und Soziales: „Aussetzung der 2 %-igen Dynamisierung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für die Kitajahre 2023/2024 und 2024/2025“, DS 1060/2022, Hagen, Stand: 21.11.2022.

### Verschiedene Dienstleistungen

Preisabstand in Prozent gegenüber dem Jahr 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt (2023)<sup>9</sup>

Auch vor diesem Hintergrund ist eine prozentuale Rückzahlung von Kita-Beiträgen aus Sicht der CDU-Fraktion nicht vermittelbar.

Der Elternanteil sollte nach dem früheren Willen vorangegangener Landesregierungen bei 19 Prozent liegen. In Hagen beträgt dieser Deckungsbeitrag aktuell noch knapp 6 Prozent der Gesamtfinanzierung. Daran lässt sich ablesen, dass die Stadt einen immer größeren finanziellen Anteil für die Kindertagesstätten leistet und gerade die besonders beanspruchten Eltern im unteren und mittleren Einkommensbereich verschont. Am Ende bleiben knapp etwas mehr als 40 Prozent Betragzahler übrig.

Selbstverständlich erkennen die Antragsteller an, dass das Fehlen von Kita-Personal zu Komplikationen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein kann. Auf der anderen Seite erkennen die Antragsteller auf Basis der Informationen der Verwaltung sowie von Kita-Eltern aber auch, dass gerade bei Familien mit zwei Erwerbseltern auch in Notbetreuungssituationen darauf geachtet wird, dass diesen noch ein möglichst großes Maß an Betreuungszeit angeboten wird.

Mit der Bitte um weitere Veranlassung und freundlichen Grüßen verbleiben

Corinna Niemann  
Fraktionssprecherin

f.d.R. Alexander M. Böhm.  
Fraktionsgeschäftsführer

<sup>9</sup> siehe <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Preismonitor/Preismonitor.html#246808>



**Fraktionsvorsitzender**

Jörg Klepper  
Rathausstraße 11  
58095 Hagen

02331 207-3507  
[info@cdu-fraktion-hagen.de](mailto:info@cdu-fraktion-hagen.de)  
[www.cdu-fraktion-hagen.de](http://www.cdu-fraktion-hagen.de)